

**MINISTER FÜR FAMILIE,
GESUNDHEIT UND SOZIALES**
ANTONIOS ANTONIADIS

PRESSEMITTEILUNG – 24. August 2023

DG-Minister begrüßt aktuelle Debatte im Inland

Antoniadis: „Ostbelgier haben ein Recht auf medizinische Behandlung in der Muttersprache“

DG-Gesundheitsminister Antonios Antoniadis (SP) begrüßt die aktuelle Debatte hinsichtlich der medizinischen Versorgung in den Landessprachen. Er selbst hat bisher mehrfach die Föderalregierung zu den Rechten der deutschsprachigen Patienten sensibilisiert.

In der hiesigen Medienlandschaft wurde in den letzten Tagen sehr rege über die Tatsache diskutiert, dass die Zahl der Ärztinnen und Ärzte, die keine der drei Landessprachen in Belgien sprechen, in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Das beunruhigt mehrere Ärzte und Verbände, aber auch die Politik im Inland, da man der Meinung sei, dass die Kommunikation zum Patienten nicht ausreichend gewährleistet werden kann. Dabei ist wichtig, dass der Patient ein möglichst umfassendes Bild von der Diagnose und der entsprechenden Therapie bekommt. Gesundheitsminister Frank Vandebroucke (Vooruit) hat inzwischen Maßnahmen angekündigt, die das Recht der Patienten auf eine Behandlung in ihrer Muttersprache stärken soll.

Antoniadis hat schon mehrmals die zuständigen föderalen Minister darauf aufmerksam gemacht, dass die deutschsprachigen Patienten in Belgien auch in ihrer Muttersprache eine verständliche medizinische Versorgung erhalten müssen.

„Bereits bei der Vorgängerin Maggie De Block habe ich mehrfach versucht, die strengere Auslegung des Gesetzes über die Patientenrechte zu erwirken, damit die Behandlung der Deutschsprachigen in ihrer Muttersprache gewährleistet wird“, so Antoniadis. „Das Gesetz sieht bereits vor, dass die Kommunikation mit dem Patienten in einer für ihn verständlichen Sprache stattfinden muss. Das umfasst für mich auch die Muttersprache. Ich finde, dass es oft schwierig genug ist, sich in seiner Weitere Auskünfte erteilt:

Jennifer Kniepen

Referentin für Öffentlichkeitsarbeit

Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Kabinett Vize-Ministerpräsident Antonios Antoniadis
Klötzerbahn 32 – 4700 Eupen

TELEFON +32 87 / 78 96 33, E-MAIL jennifer.kniepen@dgov.be

Muttersprache mit dem Arzt zu verständigen – geschweige denn in einer Fremdsprache. Leider weigerte man sich bisher, das Gesetz enger zu fassen. Dabei hat der belgische Patient ein Recht darauf, in seiner Muttersprache behandelt zu werden – und das gilt ganz sicher auch für die Ostbelgier!“

Der SP-Minister vermutet, dass die ehemalige Gesundheitsministerin der Diskussion um die Neuauflage des IZOM-Abkommens aus dem Weg gehen wollte. „Denn es ist klar, dass nicht jede Behandlung auf Deutsch in Belgien möglich ist. Also bestand ich und bestehe ich weiterhin darauf, dass im Sinne der Gesetzgebung über die Patientenrechte dies im benachbarten Deutschland ermöglicht wird. Das wurde bisher nur bedingt durch die Ostbelgien-Regelung ermöglicht, aber nicht mehr in dem Umfang wie zu IZOM-Zeiten“, so Antoniadis, der in der aktuellen Debatte rund um den Respekt der Landessprachen in der medizinischen Versorgung die Hoffnung hat, dass Kollege Vandenbroucke die Patientenrechte in diesem Sinne stärkt.

Aus diesem Grund hat Antoniadis Vandenbroucke bereits seine Unterstützung in dieser Angelegenheit angekündigt und plädiert dafür, dass die Teilstaaten in die Überlegungen des Föderalministers einbezogen werden.

Weitere Auskünfte erteilt:

Jennifer Kniepen
Referentin für Öffentlichkeitsarbeit
Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Kabinett Vize-Ministerpräsident Antonios Antoniadis
Klötzerbahn 32 – 4700 Eupen
TELEFON +32 87 / 78 96 33, E-MAIL jennifer.kniepen@dgov.be